

Kommunaler Kahlschlag

Vier Bürgermeister aus den Südgemeinden schlugen diese Woche Alarm (siehe auch nebenstehendes Interview): Die von der Regierung verordnete Reduzierung der Finanzdotierungen wird viele Gemeinden schon 2006 in die roten Zahlen bringen. Die Gemeinden sind im Prinzip verpflichtet, den "ordinären" Haushalt, der die regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben umfasst, mit einem Boni abzuschließen, um so "extraordinäre" Vorhaben - vor allem Investitionsprojekte wie Schulen, Straßen - ohne Kreditaufnahme finanzieren zu können. Bleibt der Überschuss aus, müssen vor allem die langfristigen Projekte auf Eis gelegt werde. Mit dramatischen Konsequenzen für den lokalen Arbeitsmarkt, wie Roby Biwer (Bettemburg), Dan Kersch (Monnerich), Rob Roemen (Leudelingen) und Albert Huberty (Reckange/Mess) betonten: Anders als bei Regierungsaufträgen, bei denen durch EU-weite Ausschreibungen vor allem internationale Großkonzerne zum Zuge kämen, würden somit Aufträge an die heimischen Betriebe wegfallen. Die Minister für Arbeit und für Wirtschaft teilten diese Bedenken, auf Rückfrage der woxx, kaum. Der Statec habe ausgerechnet, dass die beschlossenen Sparmaßnahmen nur einen minimalen Impakt auf den Arbeitsmarkt hätten.

Docteur humanitaire et Mister militaire

"J'ai à plusieurs occasions déclaré être en faveur d'une séparation plus stricte entre les humanitaires et les militaires. D'abord, parce que les uns opèrent selon des principes complètement différents - je nommerai l'impartialité, l'humanité et la neutralité - des autres. Il s'agit aussi de compétences très différentes. Et nous avons eu des cas, notamment en Afghanistan, où le mélange des deux genres a conduit à des victimes parmi les humanitaires." C'étaient les propos de Jean-Louis Schiltz dans une interview au woxx, il y a un an. Comme son prédécesseur libéral, Charles Goerens, l'actuel ministre de la coopération et de l'aide humanitaire aura dorénavant la possibilité de veiller de façon quotidienne à cet équilibre entre l'humanitaire et le militaire. En effet, suite au "mini"-remaniement ministériel, il prend en charge les destinées de l'armée luxembourgeoise. Il reste à espérer que le ministre de la coopération ne sera pas tenté par les propositions de son collègue ministre de l'armée, de réaliser l'une où l'autre action "humanitaire", mais conduite par des militaires, dans le cadre de la politique de coopération luxembourgeoise. Ce qui permettrait de faire évoluer plus rapidement cette aide en direction du pourcent du PIB destiné à l'aide au développement promis par notre gouvernement.

Nichts ist so alt wie die Wahlen von gestern

Kaum zu glauben, aber für Abgeordnete scheinen Wahlen kein Thema zu sein. Wie sonst wäre zu erklären, dass bei der Vorstellung der Wahlanalyse zu den letzten Landeswahlen (siehe woxx Nr. 837) im Schnitt drei Abgeordnete präsent waren? Informiert und Diskutiert wurde im Rahmen eines Kolloquiums, das im Parlament stattfand - zum Beispiel über die Notwendigkeit von Frauenquoten, über die möglichen Folgen des Ausländerwahlrechts bei Nationalwahlen oder über die so genannte Politikverdrossenheit. Dabei meinte etwa der Journalist Romain Hilgert (Lëtzebuurger Land), die Wählenden wüssten eben, dass die Politik in einer globalisierten Welt nichts mehr bewirke. André-Paul Frognier von der Université catholique de Louvain warnte allerdings vor dem Klischee des grassierenden Desinteresses an der Politik: Die Wählenden interessierten sich mehr für die Politik als oft angenommen werde, aber das Phänomen sei das einer "negativen Politisierung". Konsequenz: "L'électeur est devenu stratège." Zum Thema Aufwertung der Europawahlen gab es bei der Abschlussrunde des Kolloquiums große Zustimmung zu einer Trennung von Landes- und Europawahlen. Der grüne Abgeordnete François Bausch befürchtete eine "schallende Ohrfeige 2009 wenn es keine getrennten Listen gibt", und Fraktionssekretär Frank Engel von der CSV sprach gar von einem "Offenbarungseid" für die Parteien. Von Seiten der ExpertInnen wurde, über die inhaltlichen Diskussionen hinaus, einhellig bedauert, dass es in Sachen Wahlanalyse in Luxemburg nicht möglich ist, eine kontinuierliche Arbeit zu leisten, weil von Wahl zu Wahl neu entschieden wird, Wahlanalysen zu finanzieren. Ein permanentes Wahlobservatorium, wie es in anderen Ländern existiert, könnte da Abhilfe leisten.

*Nur Einwohner zählen und Hochzeiten abhalten?
Rob Roemen hatte eigentlich mehr vor, als er sich zum Bürgermeister von Leudelingen kürten ließ.
Doch um zukunftsweisende Vorhaben in die Wege zu leiten, dafür fehlt seiner und anderen Gemeinden das Geld.*

(Foto: Christian Mosar)

GEMEINDEFINANZEN

"Es wird einen Aufstand geben"

woxx: Etwas mehr als hundert Tage im Amt, läutet der Bürgermeister von Leudelingen mit drei Kollegen aus den Nachbargemeinden die Alarmglocken, weil den Gemeinden das Geld ausgeht. Was ist schief gelaufen?

Rob Roemen: Es gibt diese sonderbare Situation, dass die Luxemburger Wirtschaft stark wächst, die Staatsfinanzen aber auf einmal, nach den Gemeindevahlen, einbrechen. Vor allem aus der Opposition hatte es im Vorfeld zwar Stimmen gegeben, die so etwas voraussagten. Dennoch überraschte die Art und Weise, wie den Gemeinden plötzlich mitgeteilt wurde, sie müssten auf fast zehn Prozent der Budgetzuwendungen verzichten. Die viel zitierten Einbrüche bei der Mehrwertsteuer können nicht erklären, was hier passiert ist. Ein konjunkturelles Tief hätte man erstens voraussehen können, und vor allem wäre es wohl weniger drastisch in seinen Auswirkungen auf die Gemeinden gewesen.

Sie reden von einer 'finanzpolitischen Fehlplanung'. Wie erklärt sich so etwas?

Es hat mehrere Fehlentwicklungen gegeben. Ich erwähne hier die Verteilung der Gewerbesteuer - auch wenn der eine oder andere Bürgermeisterkollege, mit dem ich vor die Presse getreten bin, in diesem Punkt vielleicht nicht mit mir einverstanden sein wird. Vor Jahren wurde entschieden, dass auch jene Gemeinden, die keine oder wenig Gewerbesteuer einnehmen, aus diesem sehr wichtigen Topf bedient werden. Dass den schwächeren Gemeinden geholfen wurde, war in Ordnung, aber es fehlte eine Kompensation für jene, die auf das alte System gesetzt hatten. Wir in Leudelingen sind diesen Weg gegangen und haben Infrastrukturen für die Aktivitätszonen bereitgestellt.

Hat das System des Auseinanderdividierens nicht immer gegolten? Weshalb sind die Gemeinden als Gruppe so schwach?



Leider setzt sich die Führung des Verbandes der Gemeinden, Syvicol, vor allem aus Vertretern der CSV zusammen, die in den meisten Gemeinden präsent ist, und aus Vertretern der stärksten Partei im Süden. Besonders in diesen Zeiten ist das eine unheilige Allianz. Die Rolle einer Art Gewerkschaft der Gemeinden kann das Syvicol nur unzulänglich erfüllen. Entweder es kommt zu spät, wie jetzt mit der Stellungnahme zu den Gemeindefinanzen, oder die Änderungsvorschläge sind überholt, oder nicht spruchreif.

Der amtierende Innenminister kommt ja vom Fach. Sind die Kommunikationsprobleme mit dem Innenministerium trotzdem nicht behoben?

Zum Teil hat sich die Situation schon verbessert. In individuellen Gesprächen zeigt sich der neue Innenminister durchaus umgänglicher als sein unnahbarer Vorgänger, den man wahrlich nicht als "Papp vun de Gemenen" bezeichnen konnte. Jean-Marie Halsdorf hingegen steht zu den Gemeinden. Allerdings frage ich mich, ob das Temperament seiner Mitarbeiter nicht manchmal mit ihm durchgeht. Ich denke zum Beispiel an die jüngsten Vorstellungen in Sachen Gemeindefusion.

Es ist doch ein altes Klage lied, dass die Bürokratie im Innenministerium den Gemeindevverantwortlichen oft den letzten Nerv raubt. Da hat sich also nichts geändert?

Das war nicht immer so. Wenn ich weiter zurück denke - etwa an Jean Spautz, an Jos Wohlfahrt, an Jean Wolter, an Eugène Schaus oder an Henri Cravatte - dann findet die Bezeichnung "Papp vun de Gemenen" tatsächlich seine Berechtigung. Zu jener Zeit bestand ein herzliches Verhältnis zwischen Gemeinden und Innenminister. Dessen Job war einer der begehrtesten in der Regierung. Dem ist heute nicht mehr so.

Liegt das nur an den Personen?

Es hat auch mit der Komplexität der Fragen zu tun, die auf Minister und Gemeinden zukommen. Die Landesplanung nimmt - zu Recht - einen immer größeren Stellenwert ein. Nur kommt die reine Kommunalpolitik dabei leider etwas zu kurz - wobei es schwer ist, immer genau abzugrenzen. Die Gemeinden sind nun einmal die kleinste Zelle des demokratischen Systems und hier wird "Dienst am Kunden" betrieben. Wird das nicht gestützt und sogar gefördert, laufen wir ein großes Risiko. Es lässt sich nun einmal nicht alles zentralisieren und auch Fusionen sind nicht immer die beste Lösung. Dort wo es nicht notwendig ist, sollte man sich hüten, große anonyme Apparate zu schaffen.

Als die Landesplanung im Innenministerium angesiedelt wurde, bestand die Angst, sie würde dort im Keim erstickt. Hat sich dieses Problem inzwischen umgekehrt?

Das will ich nicht gesagt haben. Wer außer dem Innenminister könnte überhaupt die Landesplanung betreiben? Da wo sie jetzt angesiedelt ist, ist sie am richtigen Ort. Nur darf nicht ignoriert werden, dass es auch die Gemeinden gibt. Kommunale Aufgaben sind eben nicht immer deckungsgleich mit landesplanerischen Aspekten.

Kommt der Protest der Gemeinden nicht zu einem ungünstigen Zeitpunkt? Überall wird der Rotstift angesetzt. Wo soll denn da mehr Geld für die Gemeinden herkommen?

Die 100 Millionen Reserven, die Halsdorf ausgemacht haben will, liegen bei einer Handvoll sehr reicher Gemeinden. Es braucht tatsächlich zusätzliche Mittel, die wir allerdings nicht durch Ideologien herbeiführen können. Dazu braucht es Fakten und die richtigen Ausgangssituationen. Wenn, aus welchen Gründen auch immer, dem Staat das Geld ausgeht, und in der Privatwirtschaft genug Geld vorhanden ist, mit welchen Geldern soll ich dann arbeiten? Mit denen die es nachweislich nicht gibt, oder jenen, die vorhanden sind? In der aktuellen Situation wäre das Public-Private-Partnership-System eine ideale Lösung. Allerdings fehlt die gesetzliche Umsetzung der Idee. Andere Länder sind da schon sehr viel weiter, nicht zuletzt weil dort der Geldhahn schon sehr viel länger nicht mehr sprudelt. Aber auch der andere Ansatz ist in meinen Augen richtig. Auch wenn das aus liberalem Munde etwas ungewöhnlich klingt und auf die Gefahr hin, als Sozialist verschrien zu werden: Die Vorschläge des Syvicol die Grundsteuer zu reformieren, begrüße ich ausdrücklich. Einerseits, weil dadurch tatsächlich Geld in die Gemeindekassen kommt, zum anderen weil wir so etwas gegen Bauspekulation tun können. Ich würde allerdings einige Einschränkungen vorsehen, zum Beispiel was die landwirtschaftlichen Betriebe anbelangt, die man durch so eine Steuer nicht belasten darf.

Eine einzige Pressekonferenz wird ja wohl kaum reichen. Wie soll es denn jetzt weitergehen?

Nun, wir hoffen, dass unser ehemaliger Kollege Jean-Marie Halsdorf an den Finanzminister herantritt und deutlich sagt: So geht es nicht. Sollte unsere Initiative nicht kurzfristig Früchte tragen, dann müssen wir unseren Vierer-Club über alle Parteigrenzen hinweg ausdehnen. Und dann gibt es - mit oder ohne Syvicol - einen Aufstand. Es ist natürlich nicht einfach, 116 Bürgermeister der unterschiedlichsten Gemeinden und politischer Zugehörigkeit zusammenzubringen. Die Gewerkschaften verstehen es, wenn es sein muss, ihre Parteizugehörigkeit zu überwinden und gemeinsam die Muskeln spielen zu lassen. Wir als Gemeindevertreter sind noch nicht so weit. Die einflussreichsten Bürgermeister sitzen ja eh in der Chamber und tragen die Regierungspolitik zu großen Teilen mit - dass die bei der Organisation des Widerstands nicht an vorderster Front stehen, ist verständlich.

Das Gespräch führte
Richard Graf

Zur Person

Rob Roemen, 60 Jahre, war Chefredakteur des "Lëtzebuurger Journal". Er trat gerade rechtzeitig in den Ruhestand, um im November letzten Jahres Bürgermeister der Majorzgemeinde Leudelingen zu werden. Als Erstgewählter trat er die Nachfolge von Fernand Conter an, der 24 Jahre lang die Geschicke der Südgemeinde leitete und nicht mehr zu den Wahlen antrat. Mit den Kollegen aus den Nachbargemeinden Bettemburg, Monnerich und Reckingen machte er diese Woche auf die prekäre Finanzlage der Gemeinden aufmerksam.